

IZA-Pressemitteilung, 28. April 2014

Zehn Jahre EU-Osterweiterung: IZA-Direktor Zimmermann zieht positive wirtschaftliche Bilanz

+++ Sorge vor Lohndumping unbegründet +++ Integration der Arbeitsmärkte verbessern +++

Die Erweiterung der Europäischen Union um zehn osteuropäische Staaten zum 1. Mai 2004 hat in der Gemeinschaft insgesamt zu zusätzlichen Wachstumsimpulsen sowie einer signifikanten Wohlstandssteigerung geführt. Die Beitrittsländer selbst – Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, die Slowakei, Tschechien und Ungarn sowie die beiden Mittelmeerinseln Malta und Zypern – haben in den wesentlichen ökonomischen Kennziffern seit dem EU-Beitritt eine positive Entwicklung genommen und ihre wirtschaftliche Gesamtlage in diesen zehn Jahren verbessert. Unter anderem konnten sie ihre Wirtschaftskraft und ihre Bruttoinvestitionen teilweise deutlich steigern.

Diese Bilanz zieht der Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), Professor Klaus F. Zimmermann. Der Bonner Ökonom schränkt allerdings ein, insbesondere die Integration der Arbeitsmärkte lasse noch zu wünschen übrig, da sich viele westliche Länder nur sehr zögerlich für Arbeitnehmer aus dem Osten geöffnet haben. Hier liege deshalb das wichtigste Handlungsfeld für die kommenden Jahre, um die Chancen einer verbesserten Arbeitsteilung im europäischen Binnenmarkt voll auszuschöpfen. Vor allem Deutschland, dessen Exportwirtschaft erheblich von der EU-Osterweiterung profitiert habe, müsse mehr tun, um das Potenzial an Fachkräften in Osteuropa besser anzusprechen. Zimmermann: „Deutschland, das aufgrund seiner Lage und wirtschaftlichen Kraft eigentlich geradezu prädestiniert ist, beim Werben um mehr produktive und gut qualifizierte Beschäftigte von der EU-Osterweiterung des Jahres 2004 überdurchschnittlich zu profitieren, hat diese große Chance durch sehr lange Übergangsfristen nur sehr unvollkommen genutzt.“

Wichtig ist aus seiner Sicht deshalb, Wanderungswillige aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten künftig frühzeitig schon vor Ort zu beraten und bei der beruflichen Neuorientierung zu begleiten, etwa durch Informations- und Servicestellen in ihren Heimatländern in Kooperation mit dortigen lokalen Partnern. Interessierte Menschen aus Osteuropa sollten durch eine Kultur der Offenheit und des Willkommens von den Vorzügen des Standortes Deutschland überzeugt werden. Dazu gehöre auch ein intensiveres Angebot an Sprachkursen, an denen es vielfach noch mangelt. Insgesamt habe Osteuropa bisher leider nur einen sehr geringen Beitrag leisten können, die Engpässe auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu lösen, so Klaus F. Zimmermann.

Ursprüngliche Vorbehalte, die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Osteuropäer führe hierzulande zu „sozialen Verwerfungen“ und einem vermeintlichen „Tourismus in den Wohlfahrtsstaat“ haben sich in den langjährigen Beobachtungen nicht bestätigt. Belege für eine Verdrängung von einheimischer Beschäftigung durch Zuwanderer oder für einen Rückgang des Lohnniveaus gibt es nicht.

Corporate Communications: Mark Fallak

Ebenso unbegründet sei bisher die Sorge geblieben, dass deutsche Arbeitsplätze in großem Stil in die neuen Mitgliedsländer abwandern könnten. IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann: „Wirklich billig sind die Arbeitnehmer in den neuen EU-Staaten bei Reallohnsteigerungen von 10 Prozent inzwischen auch nicht mehr.“

Zu diesem Ergebnis gelangt auch ein neues, von Zimmermann herausgegebenes Buch, das eine europaweite Bilanz der Ost-West-Migration zieht und auch die Auswirkungen der jüngsten Finanzkrise auf das Wanderungsgeschehen und die europäischen Arbeitsmärkte analysiert.

- Klaus F. Zimmermann/Martin Kahanec (Hrsg.):
Labor Migration, EU Enlargement, and the Great Recession
(erscheint in Kürze im Springer-Verlag)